

Verdingkinder:

Behördenvertreter und Betroffene treffen sich zum Austausch

Bern, 11.8.12 (Kipa) Vertreter von Bund und Kantonen treffen sich am kommenden Dienstag, 14. August, mit ehemaligen Verdingkindern zum Austausch. Am Treffen mit dabei sind auch die Heimverbände Integras und Curaviva, Forscher sowie die katholische und die reformierte Kirche, berichtete der "Tages-Anzeiger" (11. August). Die Schweizer Bischofskonferenz (SBK) ist durch Wolfgang Bürgstein, Generalsekretär von Justitia et Pax, vertreten, wie SBK-Sprecher Walter Müller auf Anfrage gegenüber der Presseagentur Kipa sagte.

Im 19. und 20. Jahrhundert wurden in der Schweiz Hunderttausende von Kindern von den Behörden in fremden Familien, oft bei Bauern, untergebracht, wo sie schwere Arbeit verrichten mussten und oft Opfer von Misshandlung wurden.

Im vergangenen Jahr habe der Bundesrat angekündigt, sich bei den ehemaligen Verdingkindern zu entschuldigen, schreibt der "Tages-Anzeiger". Die Betroffenen würden allerdings bis heute darauf warten, obschon Justizministerin Simonetta Sommaruga im November versprochen habe, Anfang 2012 werde ein entsprechender Gedenk Anlass durchgeführt. Laut dem Präsidenten des Vereins "Netzwerk Verdingt", Walter Zwahlen, stand der Anlass zeitweilig auf der Kippe. Nach einer ersten Sitzung habe das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement versucht, die verschiedenen Interessengruppen gegeneinander auszuspielen, sagte Zwahlen gegenüber der Zeitung.

Kirche an Klärung der Verantwortung interessiert

Am Dienstag findet nun ein zweites Treffen mit Behördenvertreter statt, an dem auch Heimverbände, Forscher und die Kirchen teilnehmen. Die katholische Kirche spreche sich für eine Aufarbeitung des Verdingwesens aus, sagte Müller am Samstag gegenüber der Presseagentur Kipa. Dies sei wichtig, um herauszufinden, wer Verantwortung für begangenes Unrecht trägt. Es gehe um moralische Gerechtigkeit und darum, die Voraussetzungen für eine mögliche Versöhnung zu schaffen.

Forscher fordern umfassende Aufarbeitung und Entschädigungen

Eine Gruppe von rund 30 Forschern unterschiedlicher Disziplinen fordert eine umfassende Aufarbeitung des Verdingwesens und anderer in der Schweiz praktizierter fürsorglicher Zwangsmassnahmen, heisst es im Bericht des "Tages-Anzeigers" weiter. Im Zentrum stehen nebst den Verdingkindern auch Heim- und Pflegekinder, administrativ Versorgte (ohne Gerichtsurteil in Haftanstalten eingesperrte Personen), Zwangssterilisierte – und –kastrierte sowie Zwangsadoptierte.

An einem Runden Tisch sollen Vertreter von Betroffenen, Bund und Kantonen, der Kirchen, von privaten Sozialinstitutionen diskutieren und nachhaltige Lösungen erarbeiten, berichtete der "Tages-Anzeiger" unter Berufung auf einen Resolutionstext. Die Forscher, darunter auch Theologen, fordern nebst der wissenschaftlichen Aufarbeitung unter anderem eine Entschuldigung durch Behörden, kirchliche und private Institutionen, eine uneingeschränkte Akteneinsicht sowie die Zahlung finanzieller Entschädigungen.

(kipa/bal)